



Kärntner Deklaration

Österreich ist eine wettbewerbsfähige Volkswirtschaft, die gut in internationale Wertschöpfungsketten eingebettet ist, über ein relativ hohes BIP und international niedrige Arbeitslosenraten verfügt. Beim **Wettbewerbsfähigkeitsranking** des *World Economic Forum* vom Herbst 2016 verbesserte sich Österreich von Rang 23 auf Rang 19. Jüngste Reformen wie die umgesetzte Steuerreform mit den positiven Effekten für Wirtschaft und Bevölkerung oder die Unterstützung von **Gründern und Start-ups** werden als vorbildliche Entwicklungen gesehen. Auch im Bereich Forschung und Entwicklung gehört Österreich mit der zweithöchsten F&E-Quote zu den Spitzenreitern im EU-Vergleich.

Diese positiven Nachrichten sind Anspruch und Auftrag, konsequent an unseren Zielen zu arbeiten, ein wettbewerbsfähigeres und nachhaltigeres Österreich zu schaffen. Wirtschaft und Gesellschaft unterliegen einem laufenden Wandel. Auch die staatlichen Institutionen und die Politik müssen diesen Veränderungen Rechnung tragen. Die Bundesregierung hat daher mit der Aktualisierung ihres Arbeitsprogramms aus dem Jahr 2013 neue Projekte vorgelegt, um diesen Zielen näher zu kommen und auf die neuen Herausforderungen zu antworten. Um die Chancen der **Digitalisierung** optimal zu nützen, wollen wir die nötigen Rahmenbedingungen schaffen, um Österreich als internationalen Vorreiter zu positionieren. Wir haben das Potenzial, uns ganz nach vorne zu entwickeln.

Bund und Länder erneuern daher auf Basis dieses Befundes die **Grundsätze** ihres wirtschaftspolitischen Handelns, die in der Tiroler Deklaration 2016 festgehalten wurden, insbesondere das gemeinsame Ziel, Österreich wieder zum **Innovation Leader** zu machen. Eine aktive Mitgestaltung Österreichs in den europäischen sowie globalen Institutionen hat weiterhin hohe politische Priorität. Größtmögliche Konsistenz allen Handelns auf den unterschiedlichen Ebenen ist dabei Grundvoraussetzung für erfolgreiche Wirtschaftspolitik. Die Bedeutung von Folgenabschätzungen über den gesamten Gesetzgebungszyklus zeigt sich beispielsweise an den aktuellen Diskussionen über eine dritte Piste für den Flughafen Wien.

Bund und Länder vereinbaren in der Wirtschaftsreferententagung in Pörschach am Wörthersee eine konsequente Verfolgung der Ziele der Breitbandstrategie 2020 und der langfristigen Finanzierung des **Breitbandausbaus in Österreich**. Wachstum, Investitionen, Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit können nur erreicht werden, wenn KMU einen adäquaten **Zugang zu Finanzmitteln** bekommen. Die Bundesregierung hat diesem Bereich hohes Augenmerk gewidmet und neue Wirtschaftsförderungs- und Arbeitsmarktprogramme, wie etwa die Etablierung von Investitionszuwachsprämien, die Ausweitung von Garantien, die Senkung der Lohnnebenkosten oder die Bereitstellung von Risikokapital, etabliert. Diesen Weg wollen wir gemeinsam weiter vorantreiben und alternative Finanzierungsmöglichkeiten für traditionelle Branchen ebenso schaffen, um die Lücken in den einzelnen Entwicklungsphasen zu schließen. Bund und Länder wollen **Klein- und Mittelbetriebe** weiterhin weitestgehend von administrativen Belastungen im Zusammenhang mit **behördlichen Genehmigungsverfahren befreien**. Ein konkretes Beispiel dafür stellt etwa eine entsprechende Genehmigungsfreistellungsverordnung im **Tourismus** unter bestimmten Voraussetzungen dar.

Staatssekretär Mag. Dr. Harald Mahrer

Dr. Wilfried Haslauer
Landeshauptmann

Mag. Renate Brauner
Stadträtin

KRⁱⁿ Patrizia Zoller-Frischauf
Landesrätin

MMag. Alexander Petschnig
Landesrat

Mag. Dr. Michael Strugl, MBA
Landeshauptmann-Stellvertreter

Dipl.-Ing. Christian Bengler
Landesrat

MMag.^a Barbara Eibinger-Miedl
Landesrätin

Dr.ⁱⁿ Petra Bohuslav
Landesrätin

Mag. Karlheinz Rüdissler
Landestatthalter

Pörtschach, am 5. Mai 2017